



Freie Wähler/Bürgerliste Wiesbaden Rathausfraktion
Schloßplatz 6, 65183 Wiesbaden

PRESSEMITTEILUNG

FREIE WÄHLER/ Bürgerliste Wiesbaden

Rathausfraktion

Rathaus Zimmer 309
Schloßplatz 6
65183 Wiesbaden

Fraktionsvorsitzender:
Christian Bachmann
Stellv. Fraktionsvorsitzende/r:
Monika Becht / Wilfried Lüderitz

Telefon: 0611 313303
Fax: 0611 315999

Mail: info@fw-blw-fraktion.de
www.fw-blw-fraktion.de

Wiesbaden, den 29. Mai 2018

Dubiose Fördermittelvergabe des Ausländerbeirats

FREIE WÄHLER/Bürgerliste Wiesbaden stellt zweckmäßige Vergabe in Frage

Wiesbaden – Im April stellte unsere Fraktion eine Anfrage an den Magistrat zur Fördermittelvergabe des Ausländerbeirats. In der Stellungnahme des Magistrats wurde eine Übersicht der Zuschüsse seit 2011 beigefügt. Diese Liste wirft einige Unstimmigkeiten und damit weitere Fragen auf, die uns dazu veranlasst bei der Stadt nachzuhaken.

„Wir mussten uns erst verwundert die Augen reiben, als wir gelesen haben, dass im Jahr 2015 ‚Wahlkampfpauschalen‘ als sogenannte Projektförderungen durchgegangen sind. Es liest sich so, dass einige Listen, die zur Ausländerbeiratswahl angetreten sind, sich quasi selbst für den Wahlkampf bezuschusst haben. Man stelle sich vor, ein Ortsbeirat oder die Stadtverordnetenversammlung würde beschließen, einzelne Parteien für den Wahlkampf finanziell zu unterstützen“ vergleicht Christian Bachmann, Fraktionsvorsitzender der FW/BLW.

Sollte es tatsächlich zutreffen, dass städtische Mittel für Wahlkampff Zwecke verwendet wurden, habe auch das zuständige Dezernat versagt. Es sei auch völlig unverständlich, dass Entscheidungen über die Verfügungsmittel nicht öffentlich stattfänden – diese Vorgehensweise gäbe es in keinem anderen vergleichbaren Gremium.

„Der Ausländerbeirat ist ein politisches Gremium, das sich mit den integrationspolitischen Themen der Stadt auseinandersetzen soll. Sie sollen auch Sprachrohr für die ausländischen Mitbürger sein. Wenn aber stattdessen hinter verschlossenen Türen, Zuschüsse in die eigene Tasche ausgehandelt werden, dann ist das keine politische Teilhabe, sondern eine intransparente Vorteilsnahme und Subventionierung aus Steuergeldern, die zwingend abgestellt werden muss!

Diese Vorgänge und womöglich auch andere Zuschüsse müssen in jedem Fall überprüft werden. Falls sich unsere Befürchtungen bewahrheiten sollten, muss sich auch das dafür zuständige Amt den Vorwurf gefallen lassen, einen Bärendienst für die ‚Integration‘ geleistet zu haben. Insbesondere nachdem in den letzten Jahren zum wiederholten Male Unregelmäßigkeiten zu Tage kommen, kann es hier kein ‚weiter so‘ geben. Demokratische Teilhabe ist kein Selbstbedienungsladen. Im nächsten Schritt muss das Revisionsamt einschreiten, um alle Vorgänge detailliert aufzuarbeiten“ schlägt Bachmann abschließend vor.

Christan Bachmann
Fraktionsvorsitzender der FW/BLW

i.A. Giang Vu
Fraktionsreferent